

Hosprediger Stöder

hat, wie bereits mitgeteilt, seinen Austritt aus der konservativen Partei erklärt. Die „K. R.“ schreibt des Näheren darüber:

„In der am 1. Februar stattgehabten Sitzung des geschäftsführenden (Eser-) Ausschusses der konservativen Partei erklärte Herr Hosprediger Stöder sich bereit, die folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„In meiner Kirchenzeitung vom 25. Oktober v. J. habe ich erklärt, daß ich seit Jahr und Tag die Haltung des „Volk“ gegenüber der konservativen Partei öfter scharf getadelt habe; die Redaktion des „Volk“ hat diese Thatsache ausdrücklich anerkannt. Zugleich habe ich die Linie bezeichnet, auf welcher das „Volk“ meines Erachtens sich halten muß. Nach den stattgehabten Auseinandersetzungen ist es selbstverständlich, daß ich das „Volk“ zu meinen Veröffentlichungen erst dann wieder benutzen werde, wenn es die von mir bezeichnete Linie innehält.“

Der Eser-Ausschuß lehnte diese Form der Erklärung mit neun gegen zwei Stimmen ab; nahm dagegen mit derselben Stimmenmehrheit die nachstehende Fassung an:

„In Anbetracht, daß die Haltung, welche das „Volk“ gegenwärtig in wichtigen Fragen einnimmt, mit konservativen Grundsätzen unvereinbar ist und die konservativen Partei, der ich angehöre, schädigt, erkläre ich, daß ich mit diesem Blatt, auf das ich schon lange einen maßgebenden Einfluß nicht mehr besitze, nichts mehr gemein habe und jede auch nur mittelbare Verantwortlichkeit für dessen Inhalt ablehne.“

Da Herr Hosprediger Stöder sich außer Stande sah, dieser Fassung zuzustimmen, erklärte er seinen Austritt aus dem Eser-Ausschuß.“

Deutschland.

Berlin, 3. Februar.

Die Aelteren der Berliner Kaufmannschaft hatten am gestern Mittag 12 Uhr nach dem hiesigen Börsegebäude eine Protestversammlung gegen das Börsegesetz einberufen, welche von etwa 2000 Personen besucht war. Delegierte hatten entsetzt die Handelskammern und Korporationen der nachfolgenden Städte: Stettin, Hamburg, Bremen, Lübeck, Bielefeld, Königsberg, Danzig, Breslau, Leipzig, Magdeburg, Frankfurt a. M., Stuttgart und München. Geh. Kommerzienrath Herz-Berlin bezeugte im Namen des Aelteren-Kollegiums die größte im Namen des Aelteren-Kollegiums auf erschienenen Delegierten und kommt alsdann auf die Börse vor, zu sprechen, deren Begründung er eine geschäftliche Unterbrechung bezeichnet. Mißstände finden sich in allen Berufsgruppen, bei der Börse indessen nicht mehr, wie in jedem anderen Stande. Das Börsegesetz müsse den ganzen Handelsstand betreffen und schädigen. In keinem Berufsstande werde mehr und schwerer gearbeitet, als an der Börse, ohne die die Industrie niemals zur heutigen Bedeutung gekommen wäre. Das Mitglied des Aelteren-Kollegiums und Direktor der Bank für Handel und Industrie, Stadtrath a. D. Kämpf befragt alsdann eingehend einzelne Theile des Gesetzes und zwar hauptsächlich diejenigen, welche die Börse am schwersten treffen, so namentlich die Einführung des Börse-Zerminsystems. Ein Mißtrauen gegen den Handelsstand gehe durch das Gesetz und der Handelsstand bürde sich dagegen auf. Niemand werde Treue und Glauben höher gehalten als an der Börse, die im Laufe der Jahre eine Reihe von Neuerungen und Verbesserungen eingeführt habe, ohne von der Staatsregierung dazu aufgefordert worden zu sein. Die Einführung eines Staatszerminsystems hält Redner schon aus diesem Grunde für überflüssig. Mißnennung-Stettin legt die Verschleidenheit der Berliner Börse und diejenigen in den Hafenstädten dar. Nach seiner Ansicht ist der Antrag zum Börsegesetz die falsche Vermuthung gewesen, daß die Getreidepreise durch dieselbe in die Höhe gehen. Er sei selbst Großgrundbesitzer und erkenne an, daß ein Noth-

Mittheilungen aus dem Grundbesitz.

Behördliche Miethsunterstützung als Armenpflege.

Der Arbeiter Ebert verzog im November 1892 von Möllendorf, wo er seinen Unterstüthungswohnsitz hatte, nach Pritz. Im August 1894, also kurz vor Ablauf der zweijährigen Frist für den Verlust des Unterstüthungswohnsitzes, wurde für ihn ein Miethsrest von 18 Mark aus Armenfonds bezahlt. Auf Erstattung dieses Betrages erhielt der Ortsarmenverband Pritz Klage gegen den Ortsarmenverband Möllendorf, wurde jedoch von dem Bezirksauschuß zu Stettin mit folgender Begründung abgewiesen: Die Nothwendigkeit und Erstattungs-fähigkeit der gewöhnlichen Unterstüthung könne nicht für erwiesen erachtet werden. Wenn auch der Ehemann E. wegen hochgradiger Kurzsichtigkeit und seine Ehefrau wegen Gelenkrheumatismus und Krampfadern nur beschränkt erwerbsfähig seien, so habe die Familie doch einen durch-schnittlichen Verdienst von 125 Mark täglich gehabt, der zum Unterhalt der beiden Eheleute und ihres Kindes für ausreichend erachtet werden müsse. Insbesondere würde bei solchem Verdienst E., selbst wenn er aus seiner gegenwärtigen Wohnung ermittelt wäre, leicht an-deres Unterkommen gefunden haben. Es könne also auch nicht zugegeben werden, daß zur Abwendung einer die Mißbedürftigkeit begrün-denden Obdachlosigkeit die Verdrückung des Miethsunterstützunges notwendig gewesen sei. Auf die Verurteilung des Klägers wurde von dem Bundes-rath v. J. die Vorentscheidung abgegeben und der Beträge zur Erstattung des geforderten Betrages verurtheilt. Der Gerichtshof führte aus, daß an sich zwar die Verdrückung von Miethsunterstützungen nicht zu den Aufgaben der Armenpflege gehöre. Der Charakter einer im Wege der Armenfürsorge gewährten Unterstüthung könne eine solche Zahlung nur dadurch erhalten, daß besondere Umstände zur Verdrückung eines augenblicklichen

stand unter den Landwirthen in gewissen Kreisen, hauptsächlich in den Ostprovinzen herrsche, aber das Börsegesetz werde keine Linderung bringen. Im Gegentheil werde die Landwirthschaft noch weiter heruntergebracht dadurch, daß man die Börse opfere. Als Vertreter der Hamburger Handelskammer nimmt Hirschfeld das Wort, der das Börsegesetz eine Zwangsmaßnahme nennt, die sich die Betroffenen nicht anlegen lassen dürften. Es sei betreuend, daß im Jubiläumsjahre der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches die Börse ein solches Geleis über sich ergehen lassen müsse. Das unlautere Element, welches das Gesetz treffen wolle, werde nach wie vor bestehen bleiben. Für die Münchener Handelskammer spricht Pfister-München, welcher sich gegen verschiedene Behauptungen des Abg. Dahn im Reichstag wendet. Der Börsegesetz-Entwurf sei ein beschämendes Zeichen für den Geist, der jetzt über unserer Nation wehe. Nach kurzer Rede des Direktors Thordar von der deutschen Genossenschaftsbank im Namen der Handelskammer zu Frankfurt a. M., dankt Geh. Kommerzienrath Herz in einem Schlusswort für das zahlreiche Erscheinen. Die Versammlung nimmt darauf einstimmig folgende Resolution an: „Der deutsche Kaufmannstand, dessen Auf-und-Abhang von der Börse selbst im Auslande niemals angetastet worden ist, sieht sich leider gezwungen, Verwahrung einzulegen gegen die Angriffe auf seine Ehre, welche ihm im deutschen Reichstage bei der ersten Lesung des Börse-gesetzes zugefügt worden sind. — Die Absicht, einen Gegensatz zwischen dem Börsegeschäft und den übrigen Kaufleuten zu schaffen, wird entschieden zurückgewiesen. Der deutsche Handelsstand weiß sich ein-s gegen-über allen und jeglichen Verdrückungen, welche darauf abzielen, ihn in seinem Ansehen herabzusetzen und seiner Bewegungsfreiheit Fesseln anzulegen, wie es nicht nur im Entwurfe des Gesetzes selbst, sondern in noch weit höherem Maße bei den Verhandlungen des Reichstages und seiner Kommissionen verdrückt worden ist. — Die Ver-sammlung hält es für ihre Pflicht, gegen dieses Gesetz, von welchem die schwersten moralischen und materiellen Schädigungen für den gesamten Handel des Bundes zu befürchten sind, ent-schieden Verwahrung einzulegen.“

— Der „Post“ zufolge hat die am Frei-tag erfolgte Vernehmung der Redakteure des „Bor.“ ergeben, daß es nun keinem Zweifel mehr unterliegt, daß der Redakteur des „Bor.“ vorzeitig ein Exemplar der den Aelteren-Kollegium enthaltenden Nummer des „Arme-Zermin-Bl.“ in die Hände gespielt worden ist, das unter allen Umständen aus der Druckerei geflohen sein muß, da kein einziger Beamter ein Exemplar jener Nummer des „Arme-Zermin-Bl.“ vorher zu sehen bekommen hat.

— Der konservative Reichstags-Abgeordnete v. Levetzow hat, wie verschiedene Blätter melden, dem Provinzialauschuß mitgeteilt, daß er Anfang Mai aus seinem Amte als Landes-Direktor der Provinz Brandenburg scheiden und sich ganz der Bewirthschaftung seines Miethgutes Gossow widmen will. Zu seinem Nachfolger ist der Führer der konservativen, Reichstagsabgeordneter Freiherr v. Manteuffel in Aussicht genommen.

— Die antisemitische Presse versucht die jüngste Verdrückung des Reichstages über die Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker für Parzeizwecke auszubenten. Die „Nat.-Lib. Storr.“ schreibt darüber:

„Es würde sich nicht verlohnen, auf ihre Entstellungen einzugehen, wenn diese nicht geeignet wären, die betheiligten gewerblichen Kreise über ihre wahren Interessen zu täuschen. Der antisemitische Antrag, darüber bestand bei allen anderen Parteien des Reichstages und bei der Regierung kein Zweifel, würde durch die Ver-nichtung des Grundkredits das Baugeschäft lahm legen, also die Handwerker mit der Verdrückung des Mannes vor Verlusten schützen, der sein Haus niederbrannte, um es von den Ratten zu befreien. Was die antisemitische Behauptung angeht, die National-Liberalen hätten ihren eigenen Antrag (Wassermann) verleugnet, so beruht sie, wie aus dem stenographischen Sitzungsprotokoll deutlich her-

vorgeht, auf Unwahrheit. Der Antrag zerfällt in zwei Theile. Der erste fordert die Regie-rungen auf, dem unhaltbaren Zustande im Bau-kreditwesen ein Ende zu machen, der zweite be-zieht einen Weg, auf dem sich das Ziel mög-licherweise erreichen ließe. Als zweifellos durch-führbar empfahl der national-liberale Antragsteller seinen präzipitirten Vorschlag keineswegs — was übrigens der antisemitische hinsichtlich des sei-nigen gleichfalls nicht zu wollen ausdrücklich er-klärte — es war auch, wie der Abg. v. Bennigsen hervorhob, mit dem Antrag keine Geleisvor-lage des Reichstages in Aussicht genommen; der Zweck war, den Regierungen keinen Zweifel dar-über zu lassen, daß der Reichstag die alsbaldige gesetzliche Regelung der Materie mit aller Be-stimmtheit erwarde. Dieser Zweck konnte nicht sicherer erreicht werden, als durch das Verfahren, das die national-liberale Partei beobachtet hat. Der Reichstagspräsident wollte den zweiten Theil, den praktischen Vorschlag, vom Reichstag abge-lehnt wissen, hätte es aber sehr gern gesehen, wenn der erste, nur die allgemeine Forderung enthaltend, an eine Kommission verwiesen worden wäre. Einleitend war der Grund des Re-gierungsvertreters, daß es nicht zweckmäßig wäre, wenn der Reichstag sich auf eine der 20 bis 25 vorgelegten Lösungen der Frage festlegen würde. Wäre die Verdrückung dieses Vorschlags in der Kommission ergebnislos verlaufen — und der Widerstand der Regierung, die doch allein mit einem Gegenentwurf hervortreten kann, ließ diesen Ausgang wahrscheinlich erscheinen — so würde weiter nichts erreicht worden sein, als daß die Schwierigkeit der Lösung noch einmal dar-geboten worden wäre. Für die Antragsteller hatte es sich aber im Gegentheil darum gehandelt, die Möglichkeit der Durchführung zu betonen. In noch höherem Grade mußte dieses Bedenken obwalten gegen die von der Regierung gewünschte Kom-missions-berathung des ersten Theiles, mit anderen Worten gegen den Eintritt in eine Kommission mit leeren Händen. In einer Kommission ohne Material vom Reichstag ihr zugewiesenes Ma-terial als einen allgemeinen Wunsch wäre die Diskussion auf die Förderung der Frage hinaus-gelaufen, ob überhaupt etwas geschehen soll, und bei dieser Sachlage war es doch ohne Zweifel zweckmäßiger, die Frage gleich vom Reichstag definitiv bejahen zu lassen. Um so zweckmäßiger, als aus den Mittheilungen des Staatssekretärs Niederberg hervorgegangen war, daß eine Reihe von Regierungen, so die von Württemberg, Baden und Hessen, von der Sache nichts wüßten. Die Regierungen hätten ohne Zweifel die Kom-missionsverhandlungen bemerkt, den Reichstag in ihrem Sinne zu beeinflussen, um aber stehen sie vor der ungewissenheit bestimmten Willens-erklärung des Parlaments. Die Kommissions-berathung hätte, wenn nichts anderes, so doch jedenfalls einen Zeitverlust verursacht. Daß nicht die Absicht der Verzögerung oder gar der Ver-leugnung des Gedankens der Befähigung des Bauhandwerkers, sondern die der Beschleunigung die national-liberale Partei zum Verzicht auf den zweiten Theil und zur sofortigen Beschlußfassung über den ersten Theil des Antrags Wassermann bestimmt hat, geht aus klar aus der Rede des Herrn v. Bennigsen hervor, der, nachdem er, wie schon erwähnt, den Antrag als eine Resolution gekennzeichnet hatte, ausführte: „Es ist meiner Meinung nach nicht nöthig, daß wir uns hier im Plenum oder in der Kommission mit den sehr schwierigen Einzelheiten beschäftigen, welcher Weg wohl der beste ist, um dieses Ziel zu er-reichen, welches im ersten Theil dieses Antrags Wassermann bezeichnet wird. Ich möchte aber glauben, daß in der Sache selbst, nachdem so erhebliche Schäden hervorgerufen sind — wenn auch noch nicht überall in Deutschland, aber doch in einer großen Reihe von Orten — es am Platze ist, wenn eine Mehrheit des Reichstages sich dahin ausspricht, daß diesen Uebelständen ein Ende durch die Gesetzgebung entgegengetreten werden soll. Ich möchte auch nicht glauben, daß ein Hinderniß darin besteht, daß eben in manchen Theilen von Deutschland, auch in manchen mittleren und größeren Städten, vielleicht eine solche Wirkung, wie sie so viele Folgen gestiftet hat, nicht bloß in Berlin, sich bis jetzt noch nicht gezeigt

berichtet sei. — Beim Vorliegen der üblichen schriftlichen Miethsverträge wird das Ermittlungs-recht nicht aufgehoben, wenn der Vermieter die postnumerando Miethen angenommen habe, ferner wenn nach Aufstellung der Räumungslage die Miethen angenommen und vorbehaltlos quittirt wird; dagegen geht das Ermittlungsrecht verloren, wenn vor der Aufstellung der Räumungslage die verpachtet gezahlte Miethen vorbehaltlos an-genommen wird; es muß alsdann in der Quittung gefügt werden, daß Vermieter die an ihn gezahlte Summe als Entschädigung annehme und sich das Recht zur Räumung vorbehalte.“ Miethen dürfe auch bei Mangelhaftigkeit eines Theils der Wohnung nicht die ganze Miethen zurückhalten. — Bei eintretender Retention dürfen keinem Miethen mehr Sachen zurück-behalten werden, als zur Bezahlung der schul-digen Miethen nöthig ist. Im Anschluß an die lebhafteste Debatte wurde der Antrag des Vor-sitzenden einstimmig angenommen, an den Aus-schusspräsidenten eine Petition zu richten, wo-nach den Gerichtsvollziehern aufgegeben wird, nach dem Verdrückten resp. vor Abholung der Sachen des Miethers den Hauswirth in Kenntniß zu setzen.

Allelei Wissenswertes.

In einer Versammlung des Hausbesitzer-Vereins „Süden“ in Berlin warnte Herr Rechtsanwalt Sandberg vor Eingehung von mindlichen Miethsverträgen, nach denen Vermieter erst nach Nichtzahlung zweier Terminusraten leiblich zur Aufkündigung des Vertrages mit Ablauf des folgenden Quartals, nicht aber zur sofortigen Ermittlung des Miethers

hat. Was noch nicht geschehen ist, das kann jeden Augenblick eintreten. In jeder größeren Stadt, in jeder industriellen Landschaft kann über kurz oder lang eine bedeutende Bauhät-tigkeit, verbunden mit einer gefährlichen Spekulation, sich entwickeln, und da können sich ganz dieselben Uebelstände zeigen, wie sie schon an vielen Orten zweifellos hervorgetreten sind. Der Reichstag ist daher wohl in der Lage, jetzt schon auszusprechen: die Uebelstände sind so groß, daß eine ernsthaft gezielte Arbeit angewendet werden muß, um ihnen entgegenzu-treten. Darüber wollen wir uns jetzt schlicht machen und wollen dann warten, in welcher Form die Vorlage der verbündeten Regierungen hoffentlich schon in der nächsten Session ein-gebracht werden kann, wenn nicht mehr in dieser Session, da ja große statistische Erhebungen auf diesem Gebiet nicht weiter erforderlich seien. Also es wird sich nur um die Frage handeln, daß die Regierung über die einzig richtigen Wege im Bundesrath sich schlüssig macht.“ Ver-muthlich hat diese Sprache auf die Regierung sehr Eindruck gemacht, als das Schärferge-richt, das die Antisemiten mit ihrem unbrauchbaren Antrag den Bauhandwerkern vorgelegt haben.“

Österreich-Ungarn.

Wien, 2. Februar.

Offiziell wird mitgeteilt, daß die Eröffnung des Reichstages am 13. Februar stattfinden werde.

Reich, 1. Februar.

Das „Amtsblatt“ ver-öffentlicht eine Verordnung des Handelsministers im Einvernehmen mit dem Justizminister und dem Vize von Kroatien, bezugnehmend auf das Patentrecht mit dem 1. März 1896 in Kraft tritt.

Frankreich.

Paris, 2. Februar.

Der bekannte, von Kaiser Wilhelm begnadigte Spion, Schiffsleu-tenant Degon, wurde zum Professor der Seetaktik an der obersten Marine-Schule in Toulon ernannt.

Paris, 2. Februar.

Gestern Abend wurde ein gewisser Stanislaus Slowitzki, polnischer Herkunft, der Sekretär des bekannten Geistes, nach langem Verhör verurtheilt. Diese Verurtheilung hängt mit der Lebaudy-Affaire zusammen.

Italien.

Rom, 2. Februar.

Der „Tribuna“ wird aus Paris gemeldet, daß der Regus, um die Italiener aus dem Felde zu schlagen, das Pro-ektorat Frankreichs und Auslands angenom-men hat.

England.

London, 2. Februar.

Wie verlautet, soll die Annexion des Afghani-Landes eine be-schlossene Sache sein. Ein großer Theil des Gebietes soll mit der Goldküste vereinigt werden.

Montenegro.

Cettinje, 1. Februar.

Der mohamedanische Adjunkt des Gouverneurs von Sutari ist durch einen Katholiken ersetzt worden.

Bulgarien.

Sofia, 2. Februar.

Fürst Ferdinand, wel-cher im Laufe des gestrigen Tages wiederholt mit dem Ministerpräsidenten Stoiow und an-deren Mitgliedern des kabinets konferirt hat, gab bisher noch keine entschiedene Willens-meinung ab in Bezug auf die Konfession des Prinzen Boris. Die Stadt ist vollständig ruhig. Zum Empfang des Fürsten hatte sich auf dem Bahnhof fast gar kein Publikum ein-gefunden.

Afrika.

Kairo, 2. Februar.

Die Ueberfiedelung des Erzherzogs Franz Ferdinand von Oesterreich-Este, dessen Befinden kein befriedigendes ist, er-folgt dieser Tage von Assuan nach Kairo.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 3. Februar.

Der Ausstand der Konfektions-Jüden und Näh-

terinnen ist in ganz Deutschland für den 4. Februar geplant. Die Inhaber der Stettiner Konfektions-Firmen sind zwar einer Erhöhung des Tarifs nicht abgeneigt, den übrigen Forde-rungen der Arbeitnehmer gegenüber verhalten sie sich jedoch ablehnend, so daß die Versammlungen kaum zu einem befriedigenden Abschluß führen dürften. In einer für heute (Montag) Abend auf dem „Bod“ einberufenen Versammlung soll über den Streik Beschluß gefaßt werden. In Berlin dürfte der Streik unvermeidlich sein. Der geplante Ausstand hat bei den dortigen Konfektions-Firmen bisher wenig Berücksichtigung ge-funden. Ihre Stellungnahme zu den Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen ist auf Grund einer Umfrage bei den größten und auch mitt-leren Konfektions-Firmen die folgende: Der aufgestellte Lohnsatz sei ohne Sachkenntnis auf-gestellt, indem einzelne Lohnsätze um 300 v. H., andere nur um 25 v. H. mit dem heute gezahl-ten differiren. Die Preise der niederen und mittleren Konfektion seien unüberhältnismäßig hoch, die der besseren Konfektion theilweise sogar zu niedrig gegriffen. Die Einführung des Mi-nimal-Verdienstes sei bei der ungeheuren ver-schiedenen Leistungsfähigkeit, die sich vielfach bis um das Vierfache unterheide, unmöglich. Ein fester Tarif sei bei einer derart ausgeprägten Saisonarbeit, wie es die Konfektion ist, undurch-führbar; die Löhne könnten sich nur wie bisher nach Angebot und Nachfrage richten. Zur Forderung nach Einführung der Betriebswer-tigkeiten bemerke die größte Berliner Konfektions-firma, daß sie außer Stande sei, für die Tausende von ihr beschäftigten Arbeiterinnen Betriebswer-tigkeiten-Gebäude, die eine kleine Stadt repräsen-tiren würden, zu errichten.

* Ein lebensfröhliches Bild bot das Schaus-türnen, welches der „Stettiner Turnverein“ gestern Nachmittag in der städtischen Turnhalle an der Bellevuestraße veranstaltete. 120 Turner marschirten zur festgesetzten Zeit, um vier Uhr, in die Halle, wo sich bereits ein überaus zahlreiches Publikum eingefunden hatte. Nach einem unter dem Gesang des schönen Liedes „Hurrah, hurrah Germania“ abgeleiteten Reigen nahmen die Turner vor der Tribüne Aufstellung und ergriffen sodann der Vorträge des Vereins, Herr Oberlehrer Prof. Dr. A. H. H. das Wort zu einer Ansprache. Neben-hab hervor, daß der Verein auch während des verfloffenen, 49. Jahres seines Bestehens an der Erringung der vorgestellten Ziele rüftig weiter gearbeitet habe, bis zu welchem Grade es gelungen sei, die Mitglieder in ihrer Ausbildung zu fördern, davon solle das Schattieren Zeug-niß geben. Bedauerlich sei nur, daß der Verein in der Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Raumes die Grenzen des Möglichen erreicht habe, während die Aussicht auf Erlangung einer neuen, größeren Turnhalle wieder in weitere Ferne gerückt sei. Als ein höchst erfreulicher Fortschritt dürfe die im abgelaufenen Jahre er-folgte Begründung einer Damenabtheilung gelten. Nach einem Ausblick auf das beginnende 50. Vereinsjahr schloß Herr Prof. A. H. H. mit einem „Gut Heil“ auf Kaiser und Reich, das kräftigen Wiederhall fand. Hierauf nahm das eigentliche Turnen mit exact ausgeführten Freübungen seinen Anfang, dann folgte Gerätheturnen in zwölf Riegen einschließlicher Altersstufen mit einmaligem Wechsel und ferner Vorführung einer Winter-riege im Scheitelspringen. Vor schon die lebst-erwähnte Uebung interessante Momente, so war dies noch in weit höherem Maße der Fall bei dem folgenden Kürturnen am Barren, Schankel-riegen und Med. Hier legten einzelne Turner ge-radezu staunenswerthe Proben von Kraft und Gewandtheit ab. Mit dem Gesang „Nieder-stimmt an“ marschirten die Turner aus der Halle und fand damit die Veranstaltung um 6 Uhr ihren Abschluß. Sterns verammelten sich die Turner in den „Altenfalten“ zu einem solem-nen Stommern.

— Der evangelische Arbeiter-Verein hielt seine Kaisergeburtstagsfeier gestern Abend in Bethke's Vereinshaus in Grabow ab. Nachdem der Vizepräsident des Vereins einige patriotische Reden vorgetragen, hielt Herr Re-gierungs- und Schularth Hauffe einen unge-

Widerstände einschalten muß, kann man hier mit Hilfe der einfachen Verstellung der Spule gegen-über dem eisernen wasserhaltigen Kern, durch bloßes Ein- und Ausziehen derselben, die Wärmeentwicklung in weiteren Grenzen regeln. Jedoch ist dieses Verfahren nur beim Wechsel-strom anwendbar, dessen Anwendung ja aber im-mer mehr Ausbreitung nimmt.

Strafbarkeit der Verurteilung von Hauswirthschaft.

§ 330 des Strafgesetzbuchs lautet: Wer bei Leitung oder Ausführung eines Baues wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst verfährt, handelt, das hieraus für Andere Gefahr entsteht, wird mit Geldbuße bis zu 900 Mark oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Der Baumeister A. hatte bei dem von ihm geleiteten Bau eines Hauses die Ausbreitung der Schwammwühlung durch das ganze Haus durch sein Verschulden veranlaßt. Aus diesem Thatbestande war A. von der Straf-kammer aus dem eingangs erwähnten § 330 des Strafgesetzbuchs verurtheilt worden. Die von A. hiergegen eingeleitete Revision ist nach Mit-theilung der „Jurist. Wochenchr.“ von dem Reichsgericht unter folgender Begründung ver-worfen worden: Beizupflichten sei der Ausfüh-rung des ersten Richters, daß nicht bloß Mängel in der technischen Konfektion eines Baues, son-dern auch solche Verdrückungen unter § 330 fallen, welche in hygienischer Beziehung eine Gefähr-dung Anderer herbeiführen. Denn der Begriff der Gefahr ist nicht bloß dann gegeben, wenn in Folge mangelhafter technischer Konfektion eine Gefährdung Anderer durch äußere mecha-nische Einwirkung zu befürchten ist. Vielmehr liegt „Gefahr“ auch in dem Falle vor, wenn durch mangelhafte Ausführung eines Baues für die Hausbewohner die Möglichkeit einer inneren Erkrankung geschaffen werde. Vorliegend sei festgestellt, daß die Infektion des Gebäudes mit Hauswühlung Erkrankungen der Hausbewohner zur Folge haben könne, und ferner, daß diese Gefahr durch Verletzung der allgemein anerkannten Regeln der Baukunst von dem Angeklagten herbeigeführt worden. Die von ihm eingeleitete Revision erscheine hiernach unbegründet.

ist. Es wäre zu wünschen, daß der Berliner Magistrat auch anderen Städten, die nicht in der Lage sind, sich eine derartige kostspielige Ver-suchsanlage für die Müllverbrennung zu er-schaffen, die Berliner Anstalt zeitweise zur Ver-fügung gestelle.

Ueber die Verwendung der Elektrizität zu Heizzwecken.

veröffentlicht Rastin Kenner zu Abhandlung, aus der hier ein Auszug mit-geteilt sei. In zweifacher Weise kann mittels des elektrischen Stromes Wärme entwickelt wer-den. Die älteste und einfachste Vorrichtung zu dem Zweck ist die Einschaltung von Widerständen, wodurch der elektrische Strom in Wärme umge-setzt wird; das schlechter leitende Metall wird dann glühend. Die dadurch gewonnene Wärme-entwicklung ließe sich indes praktisch zu Heiz-zwecken nur dann ausnutzen, wenn die als Widerstände dienenden Drähte sich in einen ge-eigneten Stoff einbetten lassen würden, die sich auch den durch die Temperaturunterschiede her-vorgerufenen Veränderungen der metallischen Leiter anpassen. Jedoch ist ein geeigneter Heiz-körper dieser Art noch nicht gefunden; bei Ein-lagerung der Widerstandsdrähte in Zement oder ähnlichen Stoff ist die Wärmeübertragung auf den zu heizenden Körper ungünstig und kost-spüßig. Kennedy hat nun mittels Patents sich das Vorrecht auf ein anderes Verfahren gesichert, welchem die Verwendung von Induktion zu Grunde liegt. Wenn man z. B. eine mit Wasser gefüllte eiserne Wöhre in eine Drahtspule bringt, welche von Wechselströmen durchflossen wird, so kann das Wasser sehr bald zum Kochen gebracht werden; es geschieht dies durch künstliche Er-zeugung sogenannter Foucaultströme. Diese Me-thode ist außerordentlich einfach; sie verlangt weder besonders für Stromanschlüsse u. s. w. hergerichtete Gefäße, noch solche von zerbrech-lichem Stoff. Wenn man auch nicht sehr hohe Wärmegrade damit erzeugen kann, so genügt doch die Siedehitze des Wassers für den Hausgebrauch und gewöhnliche Wirtschaftszwecke vollkommen. Diese Wärmezeugung durch Induktion hat aber außerdem noch den Vorzug bequemer und spar-samer Regelung für sich; denn während man bei der Wärmeentwicklung durch Widerstände zur Verminderung der Wärmeentwicklung mehr

W. H. Mielek, Frankfurt a./M.
 alle, Sammt, Färbse und Velours **direkt an Private**
in Elten & Keussen, Seidenwa-
renfabrik, Crefeld.
 an schreiben um Muster mit Angabe des Gewünschten.

Schulzmittel.
 Special-Preisliste versendet in geschloss. Markvert
 Firma gegen Einsendung von 20 S. in Couvert
W. H. Mielek, Frankfurt a./M.